

# Der sozialdemokratische **kämpfer**



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8 - 1994

15 Schilling

## **Europa - keine gemähte Wiese**

**Am Abend des 12. Juni 1994 war die Entscheidung gefallen: Zwei Drittel der wahlwilligen Österreicher hatten für den Beitritt zur Europäischen Union gestimmt. Ein Fünftel der Wahlberechtigten hatte sich nicht zur Wahlentscheidung auftraffen können, in Wien waren das sogar an die dreißig Prozent des Stimmvolkes, was im Trubel europäischer Vorfreude mit noblem Schweigen übergangen worden ist. Vielen dieser Nichtwähler ist offenbar nicht bewußt, daß solche Abstinenz die Prozentanteile solcher politischer Gruppierungen optisch verbessert, die das sind, was der Volksmund als „ka Größ“ bezeichnet, deren Führer aber dessen ungeachtet alle Welt mit dem Ansinnen belästigen, demnächst als Bundeskanzler einer dritten Republik figurieren zu wollen.**

Eine Sternstunde hat Jörg Haider das genannt, was der von ihm angeführten Allianz der Europagegner widerfahren ist, einer sonderbaren Mischung von sehr rechten und sehr linken Elementen, deren rotbraune Mischfarbe durch zusätzlichen Grüntich nicht appetitlicher wurde. Nun, solche Sternstunden sind Herrn Haider fürderhin en suite zu wünschen. Tatsächlich aber waren die Europagegner keineswegs nur von ihm mobilisiert worden. Die Bedenken, vor allem in Hinblick auf die künftige Entwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, nicht zuletzt angesichts der demokratischen Fehlbestände der EU, schnitten quer durch alle politische Organisationen.

Das stärkste Argument zugunsten einer europäischen Einigung bestand sicherlich im Hinweis auf die Möglichkeit, eines Systems kollektiver Sicherheit. Doch auch hier schieden sich in der Frage der Aufrechterhaltung der „immerwährenden Neutralität“ die Geister. Und die EU-Befürworter erwiesen sich in diesem Zusammenhang nicht immer ausreichend argumentationsstark und genügend überzeugend.

Daß es Integrationsgewinner geben würde, stand der Tatsache gegenüber, daß es wohl auch Integrationsverlierer geben müsse. Die erforderliche Hilfe für die Landwirtschaft wurde sehr früh erörtert, die Notwendigkeit, arbeitenden Menschen zu helfen, die in gewerblich-industriellen Bereichen stehen, die nunmehr unter starken wirtschaftlichen Druck gerieten, kam erst sehr spät - im Zuge der Brüsseler Verhandlungen - ins

politische Blickfeld. Daß dies arbeitende Menschen nicht gerade ermuntert, für Europa zu votieren, liegt auf der Hand.

Bei aller Freude über das EU-Befürworter wie deren Gegner überraschende massiv positive Abstimmungsergebnis sollte nicht übersehen werden, daß viele Arbeitende sich unter die EU-Befürworter gemischt haben, weil es ihnen widerstrebt, ungewollt an der Seite von Haiders FPÖ zu stehen. Politische Loyalität ist also immer noch eine achtbare Qualität, was man vor allem jenen Meinungsforschern und Meinungsmachern deutlich machen muß, die der politischen Mode folgend, vom Abbau der herkömmlichen politischen „Lager“ sprechen. Es wäre sicherlich noch nicht zu spät, an die Aufstockung dieser Lagerbestände zu denken, die vor allem über ein taugliches Parteiprogramm erfolgen könnte, wenn dieses im Sachbereich überzeugen und durch ideologisches Profil auch moralisch ansprechen kann.

In der künftigen Europäischen Union, die freilich vom Anfang an zu betonen hätte, daß Europa nicht hinter Hainburg endet, darf es für die Sozialdemokraten nur das eine Motto geben: **Wo es Starke gibt - immer an der Seite der Schwachen.** Ein Europa der Großkonzerne kann nicht das sein, was arbeitende Menschen wollen, und ein „Europa der Arbeiter“, um eine linke Formulierung aufzugreifen, dürfte auf die unterschiedene Gegnerschaft der Kapitaleigner stoßen. Daß es auf kurze Sicht zu einem erkennbaren Interessengegensatz kommen muß, läßt sich kaum bestreiten. Es ist in der ganzen EU-Diskussion

kaum je zum Ausdruck gekommen, daß die Hauptbetreiber einer europäischen Einigung die multinationalen Großkonzerne waren, die mit allen Mitteln ihren amerikanischen und asiatischen Konkurrenten den Wind aus den Segeln zu nehmen bestrebt sind. Daß die nun kontinental vor sich gehende Konzentration des Kapitals sich in erster Linie zugunsten der Arbeitenden auswirken soll, darf in Zweifel gezogen werden.

Manche in der Integrationseuphorie gemachte Voraussagen, etwa die Prognose, es werde Zehntausende neue Arbeitsplätze geben, werden, wenn genteilige Erfahrungen Platz greifen, den rechten Demagogen für deren sozialpolitische Zweckheuchelei äußerst gelegen kommen. Eine Verstärkung der Wanderung europäischer Arbeitskräfte wird vor allem die weniger qualifizierten Arbeitskräfte stärker für national-rassistische Agitation anfällig machen. Man wird nicht lange auf einschlägige Demagogie von rechts, die modisch-beschönigend mit „Populismus“ umschrieben wird, zu warten haben.

Fortsetzung auf Seite 2

### **Wehret den neuen Anfängen!**

Landeskonzferenz Wien

Samstag, 24. September 1994

ÖGB-Saal, Wien 9.,

Maria-Theresien-Straße 11

Beginn: 14 Uhr

Bundeshauptversammlung

Samstag, 15. Oktober 1994

Haus der Begegnung, Wien 21.,

Angererstraße 14

Beginn: 9.30 Uhr

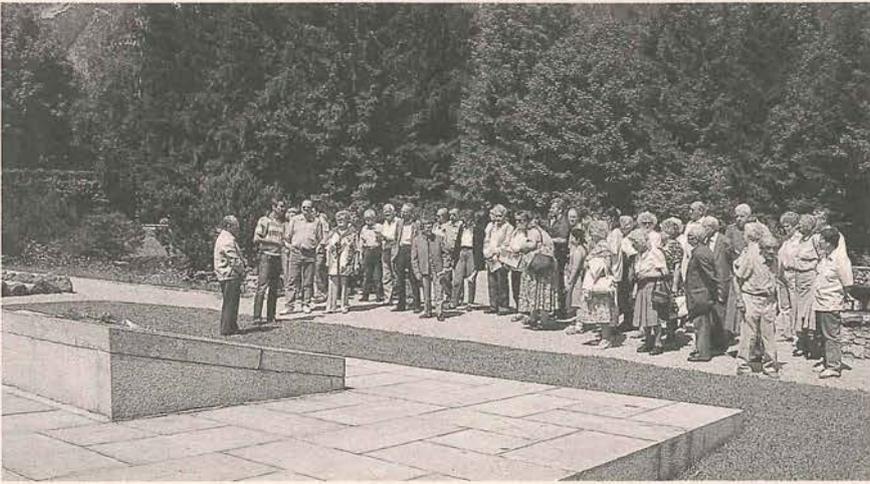
## Gedenkfahrt nach Ebensee und Hartheim

Am 2. Juni führte der Bund eine Gedenkfahrt nach Ebensee und Hartheim durch. In Ebensee wurde 1943 ein Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen errichtet. In hunderte Meter tief in den Berg hinein reichenden Stollen mußten die Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen für die Raketenproduktion arbeiten. Bis zur Befreiung des KZ Ebensee am 6. Mai 1945 durch Truppen der 3. US-Panzerarmee kamen min-

destens 8000 Menschen in dem Lager um. An dem Gedenkstein im Friedhof von Ebensee legten wir einen Kranz nieder. Wir hatten auch Gelegenheit, einen Blick in einen der Stollen zu werfen, wo die KZ-Häftlinge arbeiten mußten.

Das Schloß Hartheim, das wir nach der Mittagsrast besuchten, war bis 1940 eine Heilanstalt für geistesgestörte Kinder, die von Klosterschwestern gepflegt wurden. 1940 wurden die Nonnen

davongejagt und das Heim zur Euthanasieanstalt umgebaut. Geistesgestörte aller Altersstufen wurden in Hartheim mittels Injektionen getötet, wofür ein Geheimbefehl Hitlers den Ärzten die sogenannte „rechtliche Basis“ gab. Nach Beendigung dieser Maßnahmen gegen die Geistesgestörten wurde Hartheim als Vernichtungsanstalt für politische Gegner mißbraucht. Im Gedenkraum des Schlosses legten wir einen Kranz nieder und gedachten der Opfer eines barbarischen Systems.



### Fortsetzung von Seite 1

Wenn kritisch angemerkt wird, daß die nun in Gang kommende internationale wirtschaftliche Verflechtung, die nationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Aktionsbereiche weitgehend einschränken werde, dann muß dazu überlegt werden, daß es bedeutsamer wird als je zuvor, wem in der Republik Österreich die politische Initiative überlassen bleibt, über die allemal die Wähler zu entscheiden haben. Diesen wird eindringlich klar gemacht werden müssen, wer in diesem Land die Interessen der arbeitenden Menschen verfehlt. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsorganisation werden sich, je früher desto besser, dessen zu entsinnen haben, das vordergründig massives Aussehen allein nicht genügt.

Dem drohenden Übergewicht profitorientierter Wirtschaftsinteressen mußte eine neue Solidarität der Arbeitenden gegenüber treten. Politische und gewerkschaftliche Organisationen mußten sich mehr als bisher als Bewegung verstehen. Sie mußten weniger als bisher das Erscheinungsbild bürokratischer Apparate bieten und deutlicher als bisher auf die sich verschärfende soziale Polarisierung Bezug nehmen.

Wer in solcher Perspektive einen verbalen Versuch der Wiederbelebung klassischen Klassenkampfdenkens wittern sollte, den wird die europäische Realität rasch belehren, daß hier nichts wiederzubeleben ist. HP

## IAK-Tagung in Wien

In der Zeit vom 4. bis 6. Juni fand in Wien eine Leitungssitzung des Internationalen Auschwitz-Komitees statt, an der Vertreter von neun Ländern teilnahmen. Zu Beginn erinnerte Präsident **Maurice Goldstein** (Belgien) an seine seinerzeitige Begegnung mit österreichischen Kameraden im Vernichtungslager, wobei er insbesondere Hermann Langbein, Franz Danimann und Kurt Hacker erwähnte.

Neben einer Reihe von aktuellen Fragen wurden vor allem die Veranstaltungen

gen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz behandelt. Am 27. Jänner 1995 findet eine symbolische Präsidiumssitzung des IAK statt, zu der auch mehrere Nobelpreisträger eingeladen wurden. Den Ehrenschatz hat der polnische Präsident und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa übernommen. Für den April sind Jugenddelegationen an die internationale Gedenkstätte vorgesehen und Gespräche mit Überlebenden, in denen die Lehren der schlimmen Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft vermittelt werden sollen.

Im Laufe der Tagung wurde von den österreichischen Teilnehmern auch über eine Reihe Aktivitäten im Bereich der Zeitgeschichte berichtet. Insbesondere Diskussionen mit Lehrern und Schülern sowie im Rahmen der Volksbildung.

In diesem Zusammenhang wurde auch bekanntgegeben, daß Bundeskanzler Dr. Vranitzky namens der Bundesregierung einen Betrag von 5 Millionen Schilling für die Renovierung der internationalen Gedenkstätte Auschwitz zugesagt hat. An der diesbezüglichen Aktion beteiligen sich bereits mehrere europäische Staaten.

Den Abschluß bildete ein kameradschaftliches Zusammentreffen, zu dem die österreichische Lagergemeinschaft eingeladen hatte. Dabei wurden lange zurückliegende Erinnerungen aufgefrischt, aber auch neue Kontakte aufgenommen.

## Holocaust-Gedenkstätten

In Wien konstituierte sich ein Verein „**Niemals vergessen**“ zur Förderung von Holocaust-Gedenkstätten. Der Verein ist ein anerkannter Trägerverein für den Auslandszivildienst, der bekanntlich auch in solchen Gedenkstätten geleistet werden kann. Vorsitzender des Vereins ist **Rudolf Kaske**, stellvertretende Vorsitzende sind **Irmgard Schmidleithner**, **Hugo Pepper** und **Willi Mernyl**, Geschäftsführer des Vereins ist unser Genosse **Hannes Schwantner**.



## Niemals Vergessen

Verein zur Förderung von Holocaust - Gedenkstätten

anerkannter Trägerverein für den Auslandszivildienst

Sitz: 1010 Wien Hohenstaufengasse 10 Tel.: 53444/501



# „Schlagende“ Argumente eines FP-Gemeinderats

„Der Schlag kam unvermittelt und verfehlte sein Ziel nicht. Einen dumpfen Schmerz, sagt der ehemalige SP-Bezirksrat Johann Kanz (und Bezirksobmann der Freiheitskämpfer in Favoriten, d. Red.), habe er plötzlich in der Magen-grube verspürt und sei daraufhin leicht zusammengeknickt. Einem neben ihm stehenden SPÖ-Sektionsleiter erging es nicht viel besser. Er bekam einen Tritt gegen das Schienbein, der eine blutende Wunde zurückließ. Ort der Handlung: die Anti-EU-Abschlußkundgebung von Jörg Haider letzten Samstag am Keplerplatz. Die Schläge und Tritte austeilende Person: der freiheitliche Gemeinderat Gerhard Zeihsel.“ So schildert die Wiener Stadtzeitung „Falter“ den Vorfall am Tag vor der EU-Volksabstimmung, am Samstag, 11. Juni, der noch ein Nachspiel im Wiener Gemeinderat hatte.

## Gerhard Zeihsel ist kein Unbekannter

Gerhard Zeihsel ist kein Unbekannter, sondern vielmehr schon einschlägig bekannt geworden. Er ist seit 1987 Wiener Landtagsabgeordneter der FPÖ, vorher war er Bezirksrat seiner Partei in Simmering. Er ist Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ Wien, dort verantwortlich für das Referat „Vorfeldorganisationen“. Laut „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ war Zeihsel von April 1982 bis Mai 1987 Gauobmann Wien des Österreichischen Turnerbundes und wurde beim Gauturntag des ÖTB Wien 1990 zum stellvertretenden Gauobmann von Wien gewählt. 1979 fiel Zeihsel in der Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer auf, als über verstärkte Aktivitäten der Arbeiterkammer gegen neofaschistische Tendenzen diskutiert wurde. Im Foyer wurde ein Arbeiterkammerrat der Gewerkschaftlichen Einheit von Gerhard Zeihsel, damals Arbeiterkammerrat der FPÖ, angesprochen. Zeihsel sagte, das Weltjudentum habe doch gegen Deutschland zum Krieg gehetzt und man müsse doch auch die deutsche Seite verstehen. Als die Arbeiterkammer-Vollversammlung eine Stellungnahme der FPÖ zu diesem empörenden Vorfall verlangte, nahm Gerhard Zeihsel weder seine Äußerungen zurück, noch distanzierte er sich von diesen. Schon 1976 hatte Zeihsel in Simmering eine Protestaktion gegen die

Absicht gestartet, eine städtische Wohnhausanlage nach dem ehemaligen Präsidenten Chiles „Salvador-Allende-Hof“ zu benennen. „Umstrittene ausländische Politiker sind unserer Meinung nach für solche Ehrungen nicht geeignet“, hieß es in einem FPÖ-Rundschreiben. Zeihsel, damals FPÖ-Bezirksrat, stimmte in der Simmeringer Bezirksvertretung gegen den SPÖ-Antrag, die Wohnhausanlage „Salvador-Allende-Hof“ zu benennen (die ÖVP hatte sich dabei übrigens der Stimme enthalten!).

Im Wiener Gemeinderat kam es Ende Juni bei der Diskussion über den Vorfall am 11. Juni zu einem wilden Schreiduell. FP-Klubobmann Rainer Pawkowicz meinte, er selbst sei schon Leidtragender von Störaktionen gewesen. „Hier werden Opfer zu Tätern gemacht“, erklärte SPÖ-Klubobmann Karl Svoboda und ergänzte: „Wenn ich Obmann einer Fraktion wäre, in der sich ein Schlägertyp befindet, wäre mir das auch sehr unangenehm. Der Fall ist beim Staatsanwalt.“

Die FPÖ-Fraktion brachte am 30. Juni einen Beschlusstritt ein, in dem behauptet wurde, die FPÖ-Veranstaltung am Keplerplatz sei „mittels Triller-

pfeifen und Wurfgeschossen“ gestört worden. SPÖ, ÖVP und Grüne Alternative einigten sich ihrerseits auf einen Beschlusstritt, in dem es heißt: „Laut Zeugenaussagen und Berichten in diversen Medien griff LABg. Gerhard Zeihsel zwei Personen während einer FPÖ-Veranstaltung am Keplerplatz tätlich an. Ein ordnungsgemäßes Verfahren wurde in diesem Fall eingeleitet und es besteht kein Zweifel, daß die untersuchende Behörde zielgerichtete Aufklärungsarbeit leisten und gegebenenfalls einem österreichischen Gericht zur Rechtsprechung überantworten wird.“ Der Beschlusstritt selbst hat folgenden Wortlaut:

„Der Wiener Landtag distanziert sich von Radikalismus und Gewalttätigkeit in jeder Form. Gerade Mandatäre, Funktionäre und Mitarbeiter tragen besondere Verantwortung für das politische Klima in diesem Land. Sie haben daher in erhöhtem Ausmaße an einem sachlichen, der Demokratie würdigen Klima mitzuwirken und sich jedweder Haltung oder auch Handlung, die einer Verletzung demokratischer Verhaltensweisen gleichkommt, ausnahmslos zu enthalten.“

## Die Opfer werden zu Schuldigen

In der Juni-Nummer des Organs der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten schreibt der Vorsitzende Dr. Hubert Jurasek in einem Beitrag über den Juli 1934 u. a.:

„Kaum sechs Monate nach dem Versuch der Sozialisten, im Februar 1934 ihre schon lange angedrohte Diktatur des Proletariats zu errichten, haben die Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 versucht, mit Gewalt in Österreich an die Macht zu kommen.“

Dieser Satz ist nicht nur eine kaum zu fassende Beleidigung und Verhöhnung der damaligen Opfer und Zeitzeugen, sondern auch der Versuch einer niederträchtigen Geschichtsfälschung. Die Aktionen der Sozialdemokraten im Februar 1934 waren ein leider viel zu später Versuch, die Demokratie in Österreich zu retten, was auch international anerkannt wurde. Es darf nur in Stichworten daran erinnert werden, was dem Februar 1934 voranging:

a) Der berüchtigte Korneuburger Eid der faschistischen Heimwehren im Jahr 1930. Die Losung: Wir wollen die Macht im Staate!

b) Die Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933.

c) April 1933: Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, der Wehrformation der Sozialdemokraten.

d) Mai 1933: Verbot der traditionellen 1.-Mai-Kundgebung. Im gleichen Monat erfolgte die Ausschaltung des Verfassungsverfassungsgerichtshofes und damit ein weiterer Anschlag auf das rechtsstaatliche und demokratische System.

e) September 1933: Verordnung zur Errichtung von Anhaltelagern für politische Häftlinge – Wöllersdorf.

f) November 1933: Wiedereinführung der Todesstrafe.

Wenige Tage vor dem blutigen Februar 1934 warnte der christlichsoziale Arbeiterfunktionär Kunschak eindringlich vor der drohenden Entwicklung: „... ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint.“ Hingegen der berüchtigten Heimwehrrührer Fey am 11. Februar 1934: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten.“ Im übrigen sei Herr Dr. Jurasek die Lektüre des Buches von Ludwig Reichhold „Opposition gegen den autoritären Staat. Christlicher Antifaschismus von 1934 bis 1938“ empfohlen, in dem – von bürgerlicher Seite her – diese Entwicklung eingeschätzt wird. Wenn auch mit Einschränkungen, wird der christliche Ständestaat als ein Aushängeschild bezeichnet...

## Zeitzeugen diskutieren mit Berufsschülern

Während die Aussprachen von Widerstandskämpfern und Opfern der politischen Verfolgung an Mittelschulen seit längerem im Gange sind, war dies an Berufsschulen bisher eher die Ausnahme. Dabei zeigen Untersuchungen, daß gerade dieser Personenkreis in besonderer Weise von den rechtsradikalen und neonazistischen Propagandisten umworben wird. Es war daher eine sehr verdienstvolle Initiative von **Alfred Ströer**, in Niederösterreich, im Zusammenwirken mit dem Landesschulrat, der Arbeiterkammer und dem ÖGB, gerade für diese Gruppe entsprechende Veranstaltungen zu organisieren. Und die Aktion wurde ein voller Erfolg. An elf verschiedenen Städten von NÖ kam es zu solchen Gesprächen, an denen mehr als 5000 Schüler, aber auch zahlreiche Lehrer teilnahmen. Bei den anschließenden Diskussionen wurde die Zeit jeweils zu kurz. Eingeleitet wurden die jeweiligen Veranstaltungen durch Auftritte der zeitkritischen Kabarettgruppe „Die Giftzwerge“, was die Einführung erleichterte und für eine gewisse Auflockerung sorgte. Den sehr konkreten Berichten der Zeitzeugen wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Es wurden auch sehr aktuelle Fragen gestellt, und u. a. war auch Gelegenheit, die NS-Massenverbrechen konkret zu behandeln und auch auf die berüchtigte Auschwitz-Lüge einzugehen. Und dies nicht historisch-theoretisch, sondern aus eigener Erfahrung von jenen, die dabei waren und mit Glück überlebt haben. Die Vortragenden (Alfred Ströer, Hugo Pepper, Leo Lesjak, Franz Danimann, Walter Faderny, Adolf Kothbauer) sahen ihre Aufgabe vor allem darin, die Lehren der schlimmen Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. Es war auch Gelegenheit, auf die Ursachen und Hintergründe der Entwicklung, die zu Faschismus, NS-Herrschaft und Krieg führte, einzugehen...

## Leoben: Mit Schülern in Mauthausen

Im Jahre 1994 wurden acht Abschlußklassen der Hauptschule Leoben mit insgesamt 230 Schülern und 15 Lehrern nach Mauthausen zur Unterstützung des zeitgeschichtlichen Unterrichts geführt. Bei diesen Fahrten wurde auch



immer der Soldatenfriedhof Wandau bei Hieflau besucht und besichtigt. Hier wurden in den letzten Apriltagen bis zum 5. Mai 1945 Soldaten, die auf dem Heimweg waren, von fanatisierten Nazimördern im Offiziersrang ohne Verhandlung erschossen und eingescharrt, und dies ohne Erkennungsmerkmale, so daß die Angehörigen heute noch nicht wissen, wo ihre Lieben geblieben sind. Hitler, Himmler und Goebbels hatten sich schon lange vorher von der Verantwortung gedrückt.

Die Besichtigung des KZ Mauthausen und der dort gezeigte Film lösten Betroffenheit bei den Schülern aus. Die Vergangenheitsbewältigung wurde aufgezeigt. Ich glaube, die Schüler werden bei Diskussionen mit Ewiggestrigen ihre Eindrücke über das Gesehene weiter vermitteln.

In diesem Sinne danke ich der Stadtgemeinde Leoben für die Unterstützung dieser Gedenkfahrten.

Fritz Inkret

## Kurz gemeldet

### „Brauner Fleck“ in Wels

In einer öffentlichen Einrichtung in Wels existiere ein „Denkmal für die Massenmörder aus Schindlers Liste“. Das wirft der Leiter des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes, **Dr. Wolfgang Neugebauer**, dem Welsler Bürgermeister Karl Bregartner in einem offenen Brief vor. Der im Film „Schindlers Liste“ gezeigte Amon Görth und alle anderen Vollstrecker des Holocaust seien Angehörige der Waffen-SS, erläuterte Neugebauer und bezog sich bei seiner Kritik auf eine vom Waffen-SS-Traditionsverband „Kameradschaft IV“ angebrachte Gedenktafel in der gemeindeeigenen Sigmar-Kapelle in Wels. Die Tafel würdige eine laut Urteilsspruch des Nürnberger Gerichtshofs „verbrecherische Organisation“. Trotz massiver Proteste zahlreicher Gruppen, trotz eines eindeutigen Historikergutachtens und trotz klarer politischer Beschlüsse von Bundes- und Landes-SPÖ, der ÖVP-Wels und den Grünen in Wels gegen den „braunen Fleck“ weigere sich Bürgermeister Bregartner seit Jahren, die Tafel entfernen zu lassen, heißt es in dem offenen Brief Dr. Neugebauers.

### Hitlers Geburtshaus soll Infostelle werden

Innenminister **Dr. Franz Löschnak** kündigte eine Reihe von Aktivitäten anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus im kommenden Jahr an. Unter anderem soll das Geburtshaus Adolf Hitlers in Braunau (OÖ) zu einem Ort der Information über den Faschismus wer-

den, berichtete Löschnak in einer Präsidiumssitzung des KZ-Verbandes. Damit soll auch unmöglich gemacht werden, daß Rechtsradikale Hitlers Geburtshaus als Anknüpfungspunkt für faschistische Nostalgie mißbrauchen. In der KZ-Gedenkstätte Mauthausen sollen verstärkt museumsdidaktische Erkenntnisse eingesetzt werden, um dem Effekt der Mauthausen-Besuche als Beitrag zur politischen Bildung zu vergrößern.

## Antifaschistischer Arbeitskreis

Beim „Antifaschistischen Arbeitskreis“ des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/Kontaktkomitee unter der Leitung des Genossen Bruno Liszka hat der Wissenschaftliche Leiter des „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, Genosse **Dr. Wolfgang Neugebauer**, am 18. Mai 1994 in der Parteizentrale ein Referat zum Thema: „Die Geschichte und die Aufgaben des DÖW“ gehalten. Das Referat fand regen Zuspruch und es gab eine lebhaftige Diskussion.

## Keine EP-Ämter für Neofaschisten

Im Europäischen Parlament (EP) hat der Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokraten, **Jean-Pierre Cot**, ein Schreiben an den Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Leo Tindemans, und der liberalen Fraktion, Yves Galland, gerichtet, in dem er sie auffordert, die seit 1989 von allen Fraktionen im Europäischen Parlament verfolgte Politik fortzusetzen, die darin besteht, rechtsextreme Europaabgeordnete im EP von einflussreichen Ämtern fernzuhalten. Alle Fraktionen, schreibt Cot, haben es bislang so gehalten, daß die Vergabe eines verantwortungsvollen Amtes an einen Neofaschisten im Widerspruch zu den dem europäischen Aufbau zugrundeliegenden Werten stehe. Die Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Fraktionen im EP hinge von der Antwort auf dieses Schreiben ab, so Cot.

## Eier gegen Jörg Haider

Mit Trillerpfeifen, Eiern und „Naziraus“-Parolen haben Ende Mai in Hamburg 200 Menschen gegen eine Veranstaltung des rechten deutschen Bundes Freier Bürger mit FPÖ-Chef Dr. Jörg Haider als Gastredner protestiert.

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

*Dr. Franz Danimann, Herbert Exenberger, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.*



# 100 Jahre Oskar Maria Graf: „Verbrennt mich!“

**Vor hundert Jahren, am 22. Juli 1894, wurde in Berg am Starnberger See der Dichter und Schriftsteller Oskar Maria Graf geboren. In den Jahren 1933 und 1934 hielt sich Graf in Österreich auf. Über die Beziehungen des Dichters zur österreichischen Sozialdemokratie berichtet der folgende Beitrag, den wir einer längeren Arbeit von Herbert Exenberger entnommen haben.**

Selbst das Los eines Emigranten tragend, bemühte sich Oskar Maria Graf, seinen Schicksalsgefährten helfend beizustehen. Fundamente dazu lieferte auf sozialdemokratischer Seite die „Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe“ mit ihrem Sitz im 6. Bezirk, Königseggasse Nr. 10. Vor allem war es Julius Deutsch, der im Parteivorstand mehrmals die Unterstützungsproblematik für deutsche Flüchtlinge aufwarf. So beantragte er am 8. Mai 1933, daß je 2000 öS vom Parteivorstand, vom Wiener Vorstand und dem Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften endlich für eine Unterstützungsstelle für Emigranten geleistet werden soll. Während dieser Antrag angenommen wurde, sprach sich Leopold Thaller bei der Sitzung am 26. Juni 1933 gegen die Veröffentlichung eines Aufrufes des „Österreichischen Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge“ in der sozialdemokratischen Presse aus, da dieses Komitee „aus Bürgerlichen besteht“. Nun, dieses „Hilfskomitee“ erhielt Zustimmungserklärungen unter anderem von Max Adler, Hanns Eisler, Friedrich Torberg, Fritz Kortner, Ernst Fischer und auch von Oskar Maria Graf.

Denn „es ist Pflicht jedes Einzelnen, Protest gegen die Geschehnisse in Deutschland dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er die politischen Flüchtlinge, die völlig mittellos hier eintreffen, tatkräftig unterstützt“, heißt es etwa in einem Spendenaufruf des „Österreichischen Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge“, das seinen Sitz im 1. Bezirk, Elisabethstraße Nr. 24, hatte. Und Albert Fuchs, Mitarbeiter dieses Komitees und Autor des wichtigen Buches „Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918“ erinnert sich in einem Beitrag zum 50. Geburtstag von Oskar Maria Graf in der österreichischen Exilzeitung „Zeitspiegel“, daß er dem bayrischen Schriftsteller durch seine Funktion in dieser Hilfsorganisation „in ein paar Kleinigkeiten nützlich sein konnte“.

Am 30. April 1933 informierte die „Arbeiter-Zeitung“ über die Vorbereitungen für einen „zeitgemäßen Literaturkurs“. Das Thema: Die verfolgte Literatur in Deutschland und die Ankündigung der Nationalsozialisten, Bücher öffentlich zu verbrennen. „Nun greift man mit doppelter Erwartung nach jenen Werken“, meinte dazu ein Kommentar im Zentralorgan der österreichischen

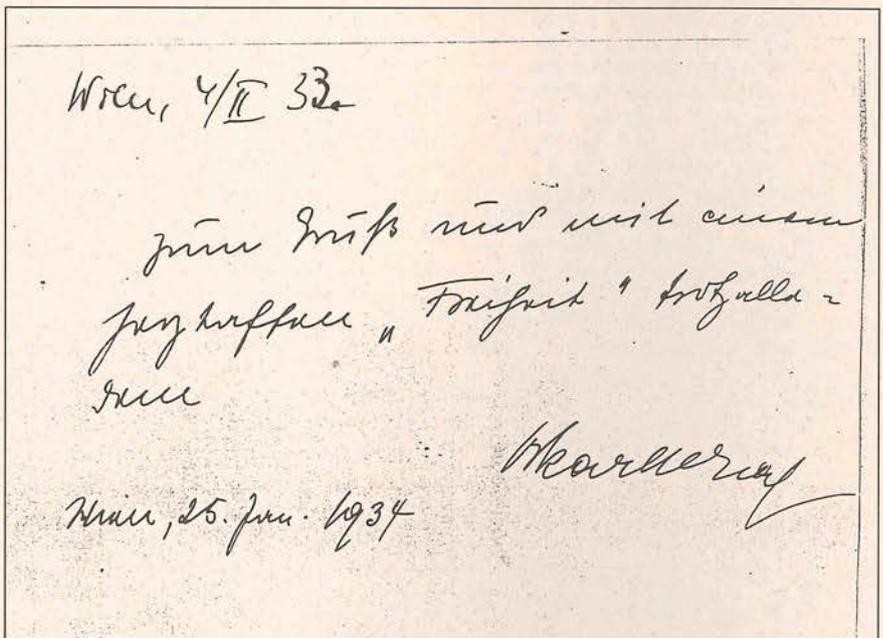
Sozialdemokratie, „die dem deutschen Geist so zuwider sein soll“. Als Vortragende stellten sich Mitglieder der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“, wie Rudolf Brunngraber, Edwin Zellweger oder Fritz Brügel, zur Verfügung. Der Beginn der Vortragsreihe im Saal der „Zentralstelle für das Bildungswesen“ im 5. Wiener Bezirk wurde für den 10. Mai 1933 um 19.30 Uhr festgesetzt. Unglaublicher Zufall oder Vorahnung über eine weitere Steigerung der nazistischen Kulturbarbarei?

Denn an diesem 10. Mai 1933 brüllten Nationalsozialisten ihre sattsam bekannten Feuersprüche – „gegen Klassenkampf und Materialismus, gegen Dekadenz und moralischen Verfall, gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, gegen Verfälschung unserer Geschichte und Herabwürdigung ihrer großen Gestalten, gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, gegen literarischen Verrat an Soldaten des Weltkrieges, gegen dunkelhafte Verhöhnung der deutschen Sprache und gegen Frechheit und Anmaßung“ – und

schleuderten Werke von Karl Marx, Erich Kästner, Sigmund Freud, Tucholsky oder Ossietzky, um nur einige hier anzuführen, in die lodernen Bücherscheiterhaufen. Allein auf dem Opernplatz in Berlin wurden mehr als zwanzigtausend Bücher der verfeindeten Autoren verbrannt.

Die „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ reagierte gemäß ihrer antifaschistischen Zielsetzung. Bereits zwei Tage nach dieser nazistischen Kulturbarbarei veröffentlichte Oskar Maria Graf im Zentralorgan der Österreichischen Sozialdemokratie seinen leidenschaftlichen Protest „Verbrennt mich!“, der sich von hier aus über die ganze Welt verbreitete. Den Protesttitel „Verbrennt mich!“ verwendete man ebenfalls, um für Oskar Maria Graf am 28. Mai 1933 im Saale „Zum Auge Gottes“ im 9. Bezirk eine Kundgebung der Wiener Arbeiterschaft für den emigrierten bayrischen Schriftsteller und gegen die faschistische Gleichschaltung des deutschen Geisteslebens zu organisieren. Einleitende Worte sprach der Obmann der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ Josef Luitpold Stern. Seine Werke jedoch warfen Münchner Studenten in Anwesenheit von Professoren in einer Sonderveranstaltung ins Feuer.

Der Appell Oskar Maria Grafs an die nazistischen Kulturbarbaren fand auch seinen Widerhall in Werken anderer Schriftsteller. So veröffentlichte Bertolt Brecht 1939 im Malik-Verlag sein Gedicht „Die Bücherverbrennung“ in Anlehnung an den Protest Grafs.



Eintragung von Oskar Maria Graf ins Gästebuch der sozialdemokratischen Unterrichtsorganisation des 16. Bezirkes. Dieses Gästebuch wurde vom Obmann dieser Unterrichtsorganisation Oskar Sternglas angelegt. Genosse Oskar Sternglas ist 1942 im KZ Buchenwald gestorben.



# EP: Rechtsextremisten sind nicht verschwunden

**Demnächst werden auch Österreicher als Mandatsträger im Europäischen Parlament (EP) sitzen. Am 12. Juni, dem Tag der EU-Beitritts-Volksabstimmung in Österreich, haben in den Ländern der Europäischen Union (EU) Wahlen in das EP stattgefunden. Wir entnehmen den folgenden Beitrag dem von der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten der SPD herausgegebenen „AVS-Informationssdienst“ Nr. 7 vom August 1994.**

Mit dem Auszug des letzten „Republikaners“, des Parteivorsitzenden Franz Schönhuber, aus dem Europäischen Parlament hat der schrittweise Selbstauflösungsprozeß der Fraktion – 1989 mit sechs Mandatsträgern begründet – seinen Abschluß gefunden. Für den europäischen Parlamentarismus ist das kein Schaden, für das deutsche Ansehen ist es hilfreich. Zwar war den Beiträgen, etwa der früheren „Republikaner“-Mandatsträgerin Grund, zum Parlamentsgeschehen ein hoher Unterhaltungswert beizumessen, zur Arbeit trug sie allerdings ebensowenig bei wie der kaum anwesende Parteivorsitzende selbst. Schlagkräftig dokumentierten sie auf diese Weise, daß populistisch-extremistische Parteien wie die REP zwar

immer wieder in der Lage sind, Protest zu artikulieren, daß ihnen aber keinerlei Problemlösungskompetenz zukommt. Wenn die Wähler den „Republikanern“ bei der Europawahl am 12. Juni 1994 „nur noch“ 3,9 Prozent der Stimmen (gegenüber 7,1 Prozent 1989) zusprechen, so ist das eher auf den erhöhten staatlichen Verfolgungsdruck zurückzuführen als auf die Einsichtsfähigkeit der Wähler, denn sie sind nicht zu anderen Parteien abgewandert, sondern haben trotz Wahlenthaltung geübt.

Die Freude über die Wahlniederlage der REP ist nicht ungeteilt, denn in einigen Landesteilen haben sie nach wie vor erheblichen Zuspruch. Den Ergebnissen um zwei oder drei Prozent im Norden Deutschlands stehen immer

noch satte Gewinne im Süden gegenüber.

Die übrigen rechtsextremen beziehungsweise rechtskonservativen Parteien blieben bedeutungslos. 0,7 Prozent (231.442 Stimmen) vermochte die Autofahrerpartei Deutschlands einzusammeln, die NPD scheiterte wieder mit 77.000 Stimmen = 0,2 Prozent. Der mit hohen Erwartungen gestartete „Bund freier Bürger“ (BfB) des Rechtsaußenliberalen Manfred Brunner (siehe auch Seite 4, d. Red.) konnte lediglich 1,1 Prozent (384.687) Wählerstimmen für sich einnehmen; die Politsekte „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ holte kläglich 0,1 Prozent (24.151 Stimmen).

Die Rechtsaußenfraktion im Europäischen Parlament ist durch die jüngste Wahl geschrumpft, verschwunden ist sie nicht. Die Nationale Front aus Frankreich hat ihre zehn Mandate verteidigt, die Belgier stellen künftig drei Abgeordnete der extremen Rechten. Offen ist derzeit, mit wem sich die Nationale Allianz aus Italien mit ihren elf Vertretern verhandeln wird.

## Vom 25. zum 20. Juli

Zwei Gedenktage im Juli stehen immer noch im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen. Und das, obwohl sie zwei Generationen bzw. ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Es geht um den 25. Juli 1934, an dem der Bundeskanzler Dollfuß von Nazis ermordet worden ist, und um den 20. Juli 1944, an dem ein Versuch deutscher Offiziere, Hitler auszuschalten und den Krieg zu beenden, mißlungen ist.

In beiden Fällen handelt es sich um Putschversuche, die sich gegen Diktatoren richteten. Dollfuß hatte 1933 mit einem Staatsstreich von oben die österreichische Demokratie liquidiert, die Verfassung außer Kraft gesetzt, Parteien verboten, Bürgerrechte beseitigt und im Februar 1934 die Sozialdemokratie in einem kurzen Bürgerkrieg zerschlagen.

Im darauf folgenden Juli versuchten die Nazi mit einem Putsch das Diktaturregime Dollfuß durch eine braune Version zu ersetzen. Der Putsch schlug fehl. Dollfuß wurde erschossen.

Am 20. Juli 1944 versuchten deutsche Offiziere, die mit zivilen Verschwörern im Bunde standen, Hitler mit einer Bombe zu töten. Danach sollte mit Hilfe eines legalen militärischen Notstandsplanes „Walküre“ das NS-Regime beseitigt und ein Waffenstillstand herbeigeführt werden. Hitler überlebte, der Putsch mißlang, und die daran Beteiligten wurden zu Hunderten nach Schauprozesen oder einfach so ermordet.

Der fehlgeschlagene Juliputsch 1934 wird heute von manchen zur ersten Niederlage Hitlers umgemünzt. Der tote Diktator Dollfuß wird dabei zum post-

humen Sieger über Hitler. Tatsächlich war jedoch damals nicht Hitler unterlegen, sondern der österreichische Nazismus, den er schnöde im Stich gelassen hatte. Dollfuß schlug am Vortag seines Todes die Chance aus, einen zum Tode verurteilten linken Rechtsbrecher zu begnadigen: Man müsse froh sein, daß ein Roter gehenkt werde und kein Nazi. Und wie zum Hohn wurde er tags darauf von denen ermordet, mit denen er sich allzeit zu arrangieren bereit gewesen war.

Heute wird nur allzugern versucht, solche Zusammenhänge in der historischen Versenkung zu belassen. Und auch im Falle des 20. Juli 1944 geht es ähnlich zweischneidig zu. Denn immer war soldatenbündlerischen Kriegserinnerern der Soldatenaufstand gegen Hitler ein irritierendes Gegenstück zu der von ihnen stets beschworenen soldatischen Pflicht gewesen. Da gerieten Mannestreue und vorgegebene Vaterlandsverteidigung in Widerspruch zur Tatsache, daß man in einem brutalen Eroberungskrieg gekämpft hatte, angezettelt von einem verfassungslosen, Völkermord treibenden Gewaltregime.

Beim Umgang mit der Zeitgeschichte bewegt man sich nicht selten auf Glatt-eis. Und man tut gut daran, vorsichtig zu gehen. Wer da krampfhaft versucht, markigen Schritts selbstgefällig über die Distanz zu kommen, sollte sich nicht wundern, wenn er dabei auf die Nase fällt.

H.P.

Es geht um viel.  
Es geht um Österreich.



# „Die braune Saat wird nicht aufgehen“

**Unser Genosse Kurt Schmidt hat ein „freundschaftliches Gedicht“ verfaßt, bei dessen Lektüre es einem kalt über den Rücken hinunterläuft, weil man weiß, daß der braune Ungeist wirklich umgeht. Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky hat in einem Brief an Genossen Schmidt zu diesem Gedicht Stellung genommen. Genosse Vranitzky widerspricht einer Aussage des Gedichtes auf durchaus sympathische und anerkennenswerte Art und Weise.**

## Ein freundschaftliches Gedicht

Hört mal, sie singen schon wieder.  
Den Westerwald und das Horst-Wessel-Lied.

Hört mal, sie singen schon wieder.  
Und wenn ich nicht täusche,  
kann ich schon wieder einige Narren hören, die mitsingen.

Seht mal, sie marschieren schon wieder.

Mit den genagelten Stiefeln und den Hakenkreuzbinden.

Seht mal, sie marschieren schon wieder.

Und wenn ich nicht täusche,  
kann ich schon wieder einige Narren sehen, die mitmarschieren.

Lest mal, sie sprengen schon wieder.  
Jüdische Geschäfte, Banken, Wohnungen.

Lest mal, sie sprengen schon wieder.  
Und wenn ich mich nicht täusche,  
kann ich zwischen den Zeilen schon wieder  
von beifallklatschenden Narren lesen.

Die braune Saat geht wieder auf.  
„Arbeit macht frei“ und „Blut und Ehre“  
dürfte schon wieder mehr als nur Erinnerung sein.

Sie können nicht in die Zukunft blicken –,  
aber in die Vergangenheit.  
Ihr Sänger, Marschierer, Sprenger, ihr Beifallklatscher,  
richtet euren Blick in die Vergangenheit und wagt es,

diese so zu sehen, wie sie wirklich war. Wenn ihr trachtet, daß die braune Vergangenheit Gegenwart wird – wir werden uns zu wehren wissen.

DR. FRANZ VRANITZKY

Genosse der  
Kommunistischen Partei Österreichs  
1934

Wien, am 10. Juni 1954

Lieber Genosse Schmidt!

Ich habe Dein eindringlich mahnendes Gedicht aufmerksam gelesen und danke Dir dafür. Solange ich auf das politische Geschehen in Österreich Einfluß nehmen kann, wird die braune Saat nicht aufgehen. Das habe ich mir selber versprochen.

Mit besten Grüßen

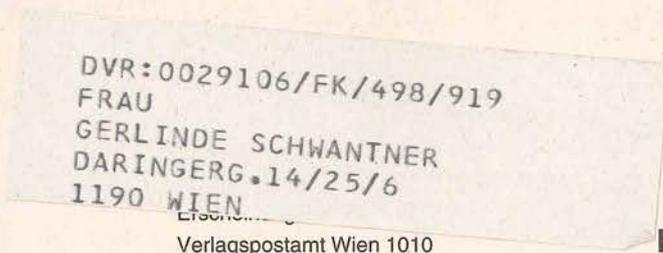
*Franz Vranitzky*

Herrn  
Kurt Schmidt  
Erdelstraße 18  
1010 Wien

Es geht um viel. Es geht um Österreich.



Ich bin auch  
für die Menschen da,  
die nicht  
meiner Meinung sind.



Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender

## Anne Kohn-Feuermann gestorben

Genossin Anne Kohn-Feuermann, Vorsitzende des Vereins Bund Werktätiger Juden Poale Zion, ist am 6. Juli im 81. Lebensjahr gestorben. Sie war jahrelang in der Erwachsenenfürsorge und Eheberatung der Gemeinde Wien als Amtsrat tätig. Ihre Arbeit wurde mit der Verleihung des Berufstitels „Professor“ gewürdigt. Sie war auch Trägerin der Silbernen Julius-Tandler-Medaille und der Victor-Adler-Plakette. Wir werden Genossin Anne Kohn-Feuermann niemals vergessen.

## St. Pölten

**Abschied von Anton Gutleder.** Einer unserer Besten, unser Anton, ist nicht mehr. Wenn auch die schweren Jahre Spuren an seiner Gesundheit hinterlassen haben, blieb er der verlässliche Freund und Funktionär der er immer war. Für die niederösterreichischen jüngeren Genossen war er ein herzeigbarer Kämpfer.

Am 8. Juli 1994 starb er im Alter von 84 Jahren. Als junger Mensch stand er in den Reihen der Jungfront und des Schutzbundes. In der Illegalität setzte er seine Tätigkeit als Organisationsleiter der Roten Hilfe vorerst für St. Pölten und später für alle Bundesländer fort. Diese charitative Tätigkeit bracht ihn mit der Polizei in Konflikt. Er wurde 15mal verhaftet. Nach dem „Anschluß“ wurde er am Obersalzberg, wo er bei der Firma Siemens als Hilfsmonteur arbeitete, vom SS-Reichssicherheitsdienst wegen Verdachtes am Attentatsversuch gegen Hitler beteiligt gewesen zu sein, verhaftet und ins Gestapogefängnis Mittelsbacher-Palais in München, eingeliefert. Schließlich brachte man ihn ins KZ Buchenwald. Insgesamt war Gutleder drei Jahr ein politischer Haft.

An seinem Grabe sprach Bezirksobmann **LAbg. Karl Gruber** namens der Partei- und der Freiheitskämpferorganisation Worte des Dankes.

Es geht um viel.  
Es geht um Österreich.

## OO: Höhere Beihilfen

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat den Antrag auf Anhebung der Beihilfen und der jährlichen Weihnachtsbeihilfe für bedürftige Opfer und deren Hinterbliebene im Sinne des Opferfürsorgegesetzes, durch das Land Oberösterreich beim Büro des Landeshauptmanns, Dr. Josef Ratzenböck, gestellt. Dieser Antrag wurde im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände eingebracht.

Diesem Antrag wurde am 9. Juni 1994 voll entsprochen. Damit kommt es bereits:

Ab 1994 zu einer Erhöhung der Weihnachtsbeihilfen von bisher S 500,- auf S 700,-.

Ab 1995 wird dann die jährlich in zwei Teilbeträgen ausbezahlte Beihilfe\*) von S 2200,- auf S 2800,- angehoben.

Ab 1995 werden die Beihilfenbeträge automatisch angepaßt, womit den steigenden Lebenshaltungskosten Rechnung getragen wird.

\*) Einkommensgrenze für Beihilfe (gültig 1994): Alleinstehende S 11.300,- netto monatlich; Verheiratete/Lebensgemeinschaft S 16.843,- netto monatlich.

## Hans Waschek – ein Fünfziger

Ältere Jahrgänge werden meinen, daß fünfzig Jahre kein Alter wären, was einem Ausspruch einer Fürstin Metternich zufolge jedoch vor allem für Kathedralen und nicht für Menschen zu gelten hat. Wenn jemand ein halbes Jahrhundert in aufrechter politischer Haltung hinter sich

gebracht und einen beträchtlichen Teil dieser Zeit in verdienstlicher Tätigkeit für die Arbeiterbewegung verbracht hat, ist Dank und Gratulation angebracht. Dem agilen Redakteur unseres Blattes, dem treuen Freund und Genossen, wünschen wir alles Gute für seinen Lebensweg an unserer Seite. HP

## Wir gratulieren im Juli und August

**Zum 75. Geburtstag:** Friederike Winter, Wien; Heinrich Zabinsky, Wien; Dr. Franz Danimann, Wien; Franz Gaissbacher, Stmk.; Olga Niederleitner, OÖ; Hubert Stieger, Bgld.; Rosa Helm, OÖ; Josef Michalica, Wien; Ludwig Glaser, Wien; Maria Sika, OÖ; Gertrude Scholz, Stmk.

**Zum 80. Geburtstag:** Klothilde Planawa, Wien; Johann Höfler, NÖ; Adam Puntschart, Stmk.; Maria Tomsik, Wien; August Pinter, Stmk.; Hertha Fried, Wien; Franz Zechner, Stmk.; August Sussmann, Stmk.; Wilhelm Spitzer, Wien; Rudolf Kasper, Wien.

**Zum 85. Geburtstag:** Herta Parnesch, Wien; Anna Kutschker, Wien; Ferdinand Hanzlik, Wien; Rudolf Huber, Wien; Margarethe Edletzberger, Kärnten; Christine Sachs, Wien; Grete Mautner, Wien; Heinrich Kohn, Wien; Franz Schwarz, Wien; Maria Grasgruber, Wien; Franz Kager, NÖ; August Jaritz, Stmk.; Friedrich Nitsch, Wien; Rosa Berger, NÖ.

**Zum 90. Geburtstag:** Maria Bübl, Wien; Anna Mannsberger, Stmk.; Fritz Bittner, Wien; Hermine Koubek, Wien; Rudolf Jawurek, Wien.

**Zum 91. Geburtstag:** Karl Janda, Wien; Martha Pleyl, Wien; Maria Zimmerl, Wien.

**Zum 92. Geburtstag:** Anna Leitner, Wien; Julie Prachinger, NÖ; Walter Hofstätter, OÖ; Boleslava Bambule, Wien.

**Zum 93. Geburtstag:** Antonia Rogy, Kärnten.

**Zum 94. Geburtstag:** Leopold Helm, Wien.

Es geht um viel.  
Es geht um Österreich.

## An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 1. Oktober 1994.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.